

## **NEWSLETTER SEPTEMBER 2010**

Liebe Leserinnen und Leser,  
liebe Freundinnen und Freunde,

der Bundeshaushalt und das „Energiekonzept“ der Bundesregierung, das in Wahrheit ein Atomkonzept ist, standen im September im Mittelpunkt der parlamentarischen Arbeit des Bundestags.

Statt einem zukunftsfähigen Haushalt und einer sinnvollen Konsolidierung der Staatsfinanzen wird reine Klientelpolitik zugunsten Weniger gemacht und ökonomisch und ökologisch sinnvollen Projekte kaum Beachtung geschenkt. Dies betrifft insbesondere die Förderung von Erneuerbaren Energien und das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm.

Das es anders geht, zeigt unser *Grünes Energiekonzept – Energie 2050: Sicher Erneuerbar*, welches wir Anfang September auf der Fraktionsklausur verabschiedet haben. Darin fordern wir nicht nur den konsequenten Abbau klimaschädlicher Subventionen zur Haushaltsentlastung, sondern auch eine Wende hin einer Klima- und Energiepolitik, die sich am für die Gesellschaft Notwendigen orientiert und nicht an den Interessen von vier großen Energiekonzernen.

Das in dieser Woche im Bundeskabinett verabschiedete Energiekonzept der Bundesregierung hingegen zementiert die Energieversorgungsstruktur der klimaschädlichen fossilen und atomaren Energieträger und bricht ein unter Rot-Grün beigelegtes Konfliktfeld in der Gesellschaft wieder auf. Die schwarz-gelbe Bundesregierung handelt auch hier gegen die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die sich klar gegen eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ausspricht.

Nun gibt es zwei Energiekonzepte in Deutschland. Ein Konzept, interessensgeleitet von den Konzernen und gegen den Klimaschutz, sowie ein Grünes Konzept, mit mehr Erneuerbaren, mehr Energiesparen, mehr Energieeffizienz und ohne Atom und Deutschland fit für die kommenden Jahrzehnte macht.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen meines Newsletters!



Oliver Krischer

## Themen dieser Ausgabe

- 1) Die Energiepolitik in Deutschland steht am Scheideweg
- 2) Schwarz-Gelb wird von Anti-Atom-Demos umzingelt
- 3) Kostenexplosion beim AVR Jülich
- 4) Unverantwortlicher Atomtransport von Ahaus nach Russland
- 5) Weiter offene Fragen beim CCS-Gesetz
- 6) Vattenfall sollte sich auf seine Wurzeln besinnen
- 7) Entwarnung nach Urteil zur Genehmigungspflicht von Photovoltaik-Anlagen
- 8) Fachgespräch zu unkonventionellem Erdgas

### 1) Die Energiepolitik in Deutschland steht am Scheideweg

Die Probleme von Klimawandel, des wachsenden Energiehunger, der zunehmenden Rohstoffknappheit und der steigenden Energiepreise betreffen uns alle und müssen gleichzeitig gelöst werden. Doch in dieser Situation versagt die Bundesregierung.

In ihrem **ENERGIEKONZEPT** sind Erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Kopplung die großen Verlierer. Durch die Laufzeitverlängerung wird ihr Ausbau in Deutschland gebremst. Damit wird nicht nur der Erneuerbaren Energien Branche sondern auch den kommunalen Stadtwerken der Boden unter den Füßen weggezogen. Ihre Investitionsplanungen in eine klimafreundliche Energieversorgung werden durch Schwarz-Gelb konterkariert. Die Klimaschutzziele und eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien sind so nicht zu erreichen. Meine Bewertung des Energiekonzeptes findet sich **HIER**.

Die Gesetzentwürfe von CDU/CSU und FDP und weitere Links sind ebenfalls durch einen Klick auf den entsprechenden Gesetzentwurf abrufbar. Dazu zählt die **11. NOVELLE ZUM ATOMGESETZ** und die **12. NOVELLE ZUM ATOMGESETZ**, der **ENERGIEFÖRDERFONDS** sowie der „**GEHEIMVERTRAG**“ mit den Atomkonzernen.

Im Grünen Energiekonzept **ENERGIE 2050: SICHER ERNEUERBAR** hat die Grüne Bundestagsfraktion unter meiner Federführung ein zukunftsweisendes Energiekonzept in den vergangenen Monaten erarbeitet. Wollen wir den Anstieg der globalen Temperatur um mehr als zwei Grad Celsius aufhalten, dann muss der Ausstoß von Klimagasen in Deutschland um mindestens 40 Prozent bis 2020 und um 95 Prozent bis 2050 gesenkt werden. Das große Ziel heißt also, innerhalb von nur 40 Jahren faktisch die gesamte Energieversorgung in Deutschland CO<sub>2</sub>-frei zu gestalten. Dieses Ziel ist hoch ambitioniert, aber das Grüne Energiekonzept bietet durch gezielte Maßnahmen klare Lösungen. Die Ziele sind erreichbar, wenn wir heute Ernst machen mit Energieeinsparung, Energieeffizienz und dem Ausbau erneuerbarer Energien in allen Sektoren.

### 2) Schwarz-Gelb wird von Anti-Atom-Demos umzingelt

Mehr als 100 000 Menschen demonstrierten am 18. September im Regierungsviertel von Berlin gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken in Deutschland. Auf einer der größten Anti-Atom-Demos aller Zeiten zeigten Demonstranten, was sie von der Energiepolitik der Bundesregierung halten. Nämlich nichts! Die Eindrücke finden sich **HIER**.

Auch am Tag der Verabschiedung des Energiekonzepts durch die Bundesregierung im Kanzleramt, protestierten hunderte Menschen mit großen Transparenten und lauten Pfeifkonzerten gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Einige Impressionen finden sich **HIER**.

### **3) Kostenexplosion beim AVR Jülich**

Der Versuchsreaktor AVR Jülich belastet auch 22 Jahre nach seiner Stilllegung die öffentlichen Kassen enorm. Die jüngste Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage zeigt, dass der Rückbau des Mini-Reaktor mit 15 MW elektrische Leistung immer teurer wird und sich mittlerweile auf sagenhafte 700 Mio. € beläuft.

Die Bundesregierung scheint inzwischen selbst den Überblick über die gigantischen Kosten verloren zu haben, denn ihre Angaben widersprechen sich zum Teil.

Wir werden alles tun, damit Schwarz-Gelb das wahre Ausmaß dieses Desasters offenlegen muss. Das macht deutlich, wie teuer und unkalkulierbar die Kosten für atomare Anlagen sind. Zudem ist davon auszugehen, dass die Kosten in den Folgejahren noch weiter steigen werden. Die Energiekonzerne, die von der Atomforschung dort profitiert haben, haben sich mittlerweile aus dem Staub gemacht. Weitere Infos **HIER**.

### **4) Unverantwortlicher Atomtransport von Ahaus nach Russland**

Im Jahr 2005 ließ die sächsische Landesregierung unter großen Protesten in NRW hochradioaktiven Atom Müll aus dem ehemaligen DDR-Atomforschungszentrum Rossendorf ins Brennelementzwischenlager Ahaus transportieren.

Jetzt soll dieser Müll mit Genehmigung des Bundesamtes für Strahlenschutz mit aufwendigen und gefährlichen Transporten nach Russland gebracht werden, weil alte Rücknahme-Verpflichtungen bestehen – ausgerechnet in die marode Atomanlage Majak im Südrural. In dieser durch Unfälle aus der Sowjetzeit extrem verstrahlten Region wüteten im Sommer noch schwere Waldbrände.

Mit alledem hat die Bundesregierung kein Problem und lässt die Billigentsorgung des Atom Mülls in Russland zu. Unter dem Plenarprotokoll der Fragestunde im Bundestag findet sich **HIER** ab Seite 28 (Frage 25) alle Informationen zu meiner Befragung an die Bundesregierung.

### **5) Weiter offene Fragen beim CCS-Gesetz**

Wie schon bei der Laufzeitverlängerung wird Bundesumweltminister Röttgen auch beim Gesetz zur Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS-Gesetz) von seinen Amtskollegen aus der eigenen Koalition zurückgepfiffen. Seine vollmundigen Aussagen vom Sommer – das die Bundesländer selbst entscheiden könnten, ob auf ihrem Gebiet CO<sub>2</sub> verpresst werden darf oder nicht – werden nun vom eigenen Haus zurück genommen.

Seine parlamentarische Staatssekretärin teilt auf unsere schriftliche Frage hin mit, dass dies der Gesetzentwurf nicht hergebe und Bundesländer lediglich einzelne Gebiete als nicht geeignet ausweisen können, nicht aber ein komplettes Bundesland.

Minister Röttgen wird hier wieder einmal zum Maulhelden ohne Substanz, während Kabinettskollege Brüderle sich mit Klientelpolitik zugunsten der großen Energiekonzerne durchsetzt. Weitere Infos **HIER** sowie das Presseecho **HIER**.

## **6) Vattenfall sollte sich auf seine Wurzeln besinnen**

Innerhalb des staatlichen schwedischen Stromkonzern Vattenfall (schwedisch="Wasserfall") gibt es eine Debatte über die Zukunftsfähigkeit des bisherigen Geschäftsmodells, dass in Deutschland im Wesentlichen auf Braunkohle und Atomkraft beruht. Wir meinen, Vattenfall sollte sich auf seine Wurzeln besinnen und statt neuen Investitionen in die Kohle und CCS stärker auf Erneuerbare Energien setzen.

Doch statt die Zeichen der Zeit hin zur Energiewende zu erkennen, dementierte der Konzern diese Meldungen und beteuert, dass am umweltschädlichen Braunkohletagebau in Deutschland und an den der Atomkraft weiterhin festgehalten werden soll.

Dennoch wird deutlich, dass es im Unternehmen Überlegungen hin zu einem nachhaltigeren Geschäftsmodell gibt. Weitere Infos [HIER](#).

## **7) Entwarnung nach Urteil zur Genehmigungspflicht von Photovoltaik-Anlagen**

Ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster hat vor wenigen Tagen für Aufregung bei Eigentümern von Photovoltaik-Anlagen gesorgt. Das Gericht entschied, dass die Errichtung einer Photovoltaik-Anlage die zu einer Nutzungsänderung des Gebäudes führt, einer Baugenehmigung bedarf.

Doch nun gibt es Entwarnung. Für die meisten Betreiber privater Solaranlagen trifft dieses Urteil nicht zu. Alle Infos [HIER](#).

## **8) Fachgespräch zu unkonventionellem Erdgas – Shale Gas**

Am 29. Oktober 2010 findet im Bundestag ein Fachgespräch der Grünen Bundestagfraktion zum Thema Schiefergas statt. Schiefergas – auch bekannt mit dem englischen Begriff Shale Gas – hat in letzter Zeit durch neue Gewinnungsmethoden erhöhte Öffentlichkeit erfahren. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt die weltweiten Reserven auf 921 Billionen Kubikmeter, was dem Fünffachen der weltweit in den konventionellen Reservoirs lagernden Mengen an Erdgas entspricht. In den USA macht die Förderung von unkonventionellem Erdgas schon heute mehr als 40 Prozent der Gesamtförderung aus.

Im Zusammenhang mit der Förderung von Shale Gas wird in den USA jedoch über erhebliche Umweltbelastungen berichtet. Verunreinigungen des Grundwassers, sowie Giftstoffe wie Arsen und radioaktive Stoffe, die bei der Förderung an die Oberfläche gelangen, sind nur einige Beispiele. Auch in Europa werden große Vorkommen an Shale Gas vermutet, und in mehreren europäischen Ländern werden bereits Probebohrungen durchgeführt, u.a. auch in Deutschland.

Im Rahmen des Fachgesprächs möchten wir daher mit Experten über dieses Thema sprechen, wozu ich Sie bereits jetzt herzlich einlade. Weitere Infos finden sich in Kürze [HIER](#).